

Eine Analyse zur AfD

von Dr. Christean Wagner, Steffen Flath und Mike Mohring

I.

Die vor kurzem erfolgte Konstituierung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat der medialen Diskussion über das Profil und die Ausrichtung dieser Partei Auftrieb gegeben. Während einige Beobachter ein überparteiliches Sammelbecken notorischer Euro-Gegner in der AfD zu erkennen glauben, bewerten andere die Parteigründung auch als Konsequenz einer Vernachlässigung des konservativen Profils in den Reihen der Unionsparteien. Eine Umfrage der Zeitung „Die Welt“ gelangte Anfang April zu dem Ergebnis, dass die AfD ihr größtes Wählerpotential unter den Nichtwählern und Unentschlossenen zu rekrutieren vermag. Grundsätzlich ist bei solchen Wählerpotentialumfragen Skepsis geboten. Die Gründung der AfD ist gleichwohl eine Herausforderung für die Union: Da auf dem linken Flügel der Parteienlandschaft mit SPD, Grünen und der Linken gleich drei Parteien um die Gunst der Wähler buhlen, kann die Union nur dauerhaft über 40 Prozent erzielen, wenn sie ihre in das Lager der Nichtwähler abgewanderten Anhänger zurückgewinnt und diese nicht einer neuen Partei überlässt.

II.

Die AfD sollte ernst genommen werden. Ihre Forderungen mögen überzogen, kritikwürdig und oft Schlagworte ohne Substanz sein. Notwendig ist aber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Programmatik der AfD und den hieraus folgenden Konsequenzen. Diese Auseinandersetzung müssen die Unionsparteien nicht scheuen. Denn die AfD ist in ihrer inhaltlichen Programmatik keine wirkliche Alternative für Deutschland. Zwar ist die Analyse zutreffend, dass sich die Maastricht-Kriterien als ebenso unzureichend erwiesen haben wie die fortwährend aufgeweichten Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Zu viele Länder haben in der Vergangenheit die günstige Schuldenfinanzierung genutzt, ohne an ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten. Die Auflösung des gemeinsamen Währungsraumes würde Deutschland jedoch in eine tiefe und lang andauernde Wirtschaftskrise stürzen, deren Folgen sich unschwer benennen lassen: Eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder kleineren Währungsverbänden hätte gerade in schwachen Volkswirtschaften eine Abwertung der nationalen Währung gegenüber der D-Mark und eine folgerichtige Verteuerung der deutschen Exporte zur Folge. Da rund 40 Prozent der deutschen Exporte in die Staaten der Euro-Zone gehen, wäre dies gleichbedeutend mit einem Einbruch der deutschen Exportwirtschaft und dem Verlust hunderttausender Arbeitsplätze.

Eine im Falle der Auflösung des Euro zu erwartende Staatsinsolvenz der hochverschuldeten Länder im Süden Europas würde zudem den Verlust deutscher Kredite und deutscher Vermögenswerte im Ausland bedeuten. Die bereits geleisteten Hilfszahlungen an Griechenland müssten abgeschrieben und durch die Begleichung der im Zuge des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS) geleisteten Bürgschaften mit deutschem Geld aufgestockt werden. Kaum kalkulierbar ist das Risiko, dass Deutschland sich innerhalb der EU isoliert

und seine europäischen und weltweiten Einflussmöglichkeiten schwächt. Die Forderung nach einer Abschaffung des Euro und der Rückkehr zur D-Mark ist daher nicht nur ein Sprung zurück ins vergangene Jahrtausend, sondern auch ein gefährliches Spiel mit der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und mit den Arbeitsplätzen in Deutschland.

III.

Die AfD kann erst recht keine Alternative für konservative Wähler sein. Sie hantiert in ihrem lediglich vier Seiten umfassenden Programm mit wenigen, politisch weit auslegungsfähigen und populären Schlagworten, die eine bürgerlich-konservative Anmutung vermitteln sollen, jedoch letztlich keine belastbaren Antworten auf die Zukunft der Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik wie auf die drängenden Fragen zur Inneren Sicherheit und zur Außen- oder Verteidigungspolitik geben. Eine überzeugende programmatisch-weltanschauliche Standortbestimmung auf der Grundlage eines festen Wertefundamentes findet nicht statt. Die politische Kompetenz in all diesen Themenbereichen liegt bei den Unionsparteien. Diese Kompetenz muss die Union allerdings selbstbewusster herausstellen. Darüber hinaus müssen wir als Union eine klare Antwort auf die nie wirklich zu Ende diskutierte Frage nach der Finalität des Europäischen Integrationsprozesses geben. Wollen wir die Vereinigten Staaten von Europa oder das als Staatenverbund verfasste Europa mit den europäischen Nationen als entscheidender Größe? Wir plädieren klar für den zweiten Weg. Die Union sollte dabei den Mut haben, die Brückenfunktion des Berliner Kreises in der Union zu nutzen, um verunsicherte Stammwähler anzusprechen und wieder dauerhaft an sich zu binden.

Vor allem aber konterkariert die AfD durch ihre Ankündigung zur Teilnahme an den bevorstehenden Bundestagswahlen ihre selbst beschriebenen Ziele. Führende Mitglieder der neuen Partei haben erklärt: „Die Gefährdung von Schwarz-Gelb ist nicht unser Ziel“. Wenngleich offen bleibt, ob die AfD das Schicksal anderer Ein-Themen-Parteien teilt und nur eine vorübergehende Erscheinung bleibt, liegen vor einem möglichen Absturz dieser Partei in ein oder zwei Jahren die Bundestagswahlen im September. Die gegenwärtigen Umfragen deuten auf ein ähnliches Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen bürgerlichem und linken Lager wie bei der zurückliegenden Landtagswahl in Niedersachsen hin. Dort hatten letztlich nur etwa 300 Stimmen den Ausschlag zugunsten einer rot-grünen Koalition gegeben. Bereits wenige Prozentpunkte für die AfD könnten daher zu dem ungewollten Effekt führen, dass trotz einer bürgerlichen Mehrheit die fehlenden Stimmen für Union und FDP einem Kanzlerkandidaten Steinbrück und einer rot-grünen oder gar rot-rot-grünen Regierung zur Macht verhelfen.

IV.

Dabei bildet gerade die bevorstehende Bundestagswahl auch eine Richtungsentscheidung: SPD und Grüne stehen für eine uneingeschränkte Schulden- und Haftungsgemeinschaft in Europa. Sie befürworten Euro-Bonds und eine Erhöhung der deutschen Staatsverschuldung zugunsten anderer europäischer Staaten, ohne dafür entsprechende Garantien durch eine Fiskalunion einzufordern. Sie streben nach einer Transferunion, die eine sparsame Haushaltsführung und solide Wirtschaftspolitik bestraft und eine verantwortungslose

Überschuldung belohnt. Sie fordern einen Blankoscheck des deutschen Steuerzahlers, der keine Anreize für Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern für eine Fortsetzung der verantwortungslosen Schuldenpolitik schafft.

Die konsequent auf Haushaltskonsolidierung und Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik von Angela Merkel hat demgegenüber Deutschland in eine anhaltende Phase des Wohlstands geführt. Kein Land konnte die Wirtschafts- und Finanzkrise besser bewältigen als die Bundesrepublik. Eine Rekordbeschäftigung in Deutschland, die im europaweiten Vergleich geringste Jugendarbeitslosigkeit, niedrige Zinsen, eine hohe Investitionsbereitschaft und das ungebrochene Vertrauen der Märkte und Unternehmen in Deutschland stehen für das bewährte deutsche Erfolgsmodell. Die Verteidigung deutscher Interessen im Kampf der Bundeskanzlerin gegen Euro-Bonds und gegen eine europäische Schuldengemeinschaft hat zu diesen Errungenschaften maßgeblich beigetragen. Den europäischen Krisenländern muss daher auch weiterhin verdeutlicht werden, dass nur über eine strikte Politik der Haushaltskonsolidierung das verlorengangene Vertrauen der Wirtschaft wiederhergestellt und dadurch nachhaltiges Wachstum erzeugt werden kann.

Dieses Anliegen einer verlässlichen Politik der sozialen Marktwirtschaft mit klaren ordnungspolitischen Vorstellungen auf der Grundlage eines wertekonservativen Fundamentes gehört zu den Grundsätzen der Union. Nur durch ein klares Profil und eine deutliche Abgrenzung zu den Verschuldungsplänen der linken Parteien wird die Union das Vertrauen der Stammwähler aufrechterhalten und das der Nichtwähler zurückgewinnen können. Ein signifikanter Verlust von Stimmen an die AfD verhilft dagegen möglicherweise SPD und Grünen zur Regierung und führt die Bundesrepublik direkt auf den unheilvollen Weg in eine europäische Transferunion. Die AfD würde dadurch wiederum genau jene unerwünschten Entwicklungen befördern, die ihre Wählerinnen und Wähler so nachdrücklich zu verhindern suchen.